

Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

www.buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de

Ausgabe Februar 2019

Hinweis: Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausklick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) sowie das [Impressum](#) mit Haftungsausschluss und Angaben zum Datenschutz finden Sie auf unserer Homepage.

Einladung: Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikel-Vorschläge (mit Link) an: info@buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de (Betr.: "BB-Artikelvorschlag").

Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion

Inhalt dieser Ausgabe

- **Editorial**
- **Norbert Häring: Buchbesprechung – Die Hintergründe des Aufstands der "Gelben Westen"**
- **Vera Brittain: Vermächtnis einer Jugend**
- **Lukas Leuzinger: Die Gemeindeversammlung ist nicht totzukriegen**
- **Fritz R. Glunk: Die Schatten-Regierung – Transnationale Regime wirken an den Parlamenten vorbei in einem neuen Rechtsraum.**
- **Fritz R. Glunk: Analyse: Der sterbende Staat und die Abschaffung der Demokratie**
- **Paul Schreyer interviewt Rainer Mausfeld: "Wir leben in einer Zeit der Gegenaufklärung"**
- **NachDenkSeiten: Nachrichteninstitute wie die 'Tagesschau' sind ein Herrschaftsinstrument"**
- **Wolfgang Bittner: Deutsch-französischer Freundschaftsvertrag vom 22. Januar 2019**
- **politonline.ch: Venezuela - Die Eskalation seit Monaten geplant**
- **Nicolás Maduro: Offener Brief an das Volk der USA**
- **Norbert Häring: Wie Bertelsmann für das Weltwirtschaftsforum die Willkommenskultur in Deutschland etablieren half**
- **Lars Schall: Der 'Council on Foreign Relations', die Bilderberg-Gruppe und ein Haufen "fiktives Kapital"**
- **Norbert Häring: Wie die Konzerne die UN unter ihre Kontrolle brachten**

Zitat des Monats von [Emer de Vattel](#) (1758 in "Gesetz der Nationen", S.265):

**Aber obwohl eine Nation verpflichtet ist,
die Vollkommenheit der anderen zu fördern, soweit es in ihrer Macht liegt,
ist sie nicht berechtigt, ihr diese guten Dienste gewaltsam aufzudrängen.
Ein solcher Versuch wäre eine Verletzung ihrer natürlichen Freiheit.**

Editorial

Eine Buchbesprechung über den Aufstand der **Gelbwesten** in Frankreich steht am Anfang dieser Nummer. In diesem Buch werden die Hintergründe für die Protestbewegung von breiten Schichten sozial Benachteiligter ebenso aufgezeigt wie deren massive Diskriminierung in Worten und Taten.

Eine weitere Buchbesprechung bezieht sich auf Erfahrungen einer englischen Bürgerin während und nach dem Ersten Weltkrieg. Vera Brittain, deren autobiografisch geprägtes Buch erstmals auf Deutsch erschienen ist, hat auf Basis **persönlicher Erfahrungen** im Krieg ihr Leben der Opferhilfe und dem **Pazifismus** gewidmet.

Das Thema **Demokratie** begegnet uns mit der in Schweizer Gemeinden unterschiedlich diskutierten Frage, ob sie Gemeindeversammlungen durchführen oder ein Parlament wählen wollen. Hierzulande sind solche Diskussionen unbekannt. Wie Demokratie auf internationaler Ebene ausgehöhlt wird, zeigt Fritz R. Glunk in zwei Analysen zur **Praxis der EU**, die zum Beispiel im Gesundheitswesen und in der Wirtschaftspolitik an den Parlamenten vorbei Regelungen zum Nachteil der Bürger durchsetzt. Die **Denkweisen**, die antidemokratische Interessen von wirtschaftlich Mächtigen verschleiern und beim Bürger für Zustimmung gegen seine eigenen Interessen sorgen sollen, analysiert Rainer Mausfeld als einen Bestandteil unserer Demokratiegeschichte. Volker Bräutigam präzisiert die Wirkung von gezielt einseitiger Berichterstattung am Beispiel der ARD Sendung **Tagesschau**. So ist es auch möglich, dass zu dem aktuellen **Deutsch-Französischen Freundschaftsvertrag** kaum die wesentlichen Informationen verbreitet werden; ein Beitrag von Wolfgang Bittner korrigiert diese Lücke.

Zwei Beiträge informieren über **Venezuela**, wo die rechtswidrige Anerkennung eines nicht gewählten Präsidenten durch westliche Staaten die Lage weiter verschärft, während Präsident Maduro zur Einheit und Nichteinmischung aufruft. Die Einmischung nicht autorisierter Gremien in demokratische Entwicklungen wird an weiteren Beispielen aufgezeigt: Die **Bertelsmann-Stiftung** hat die Einwanderungspolitik der Kanzlerin meinungsbildend vorbereitet und begleitet. Im großen Maßstab nimmt der **‘Council on Foreign Relations’** schon lange prägend Einfluss auf die internationale Politik des Westens, wie ein ausführlicher Beitrag von Lars Schall aufzeigt. Aber auch die **UNO** wird in einem Beitrag von Norbert Häring als ein Instrument im Interesse der Mächtigen der Weltwirtschaft – und nicht etwa im Interesse der Armen dieser Welt analysiert.

[Inhalt](#) ↑

• Norbert Häring: **Buchbesprechung – Die Hintergründe des Aufstands der “Gelben Westen“**

Obwohl vor dem Aufstand der Gelbwesten geschrieben gibt das Buch von Christophe Guilluy "Le Crépuscule de la France d'en Haut" ("Twilight of the Elites: Prosperity, the Periphery, and the Future of France") einen faszinierenden und beklemmenden Einblick in die schwerwiegenden sozialen Veränderungen, die die Rebellion ausgelöst haben. Und [es lässt ahnen, dass sich die Lage in Frankreich nicht so schnell wieder beruhigen wird](#), selbst wenn das Macron-Regime Frankreich in einen totalitären Polizeistaat verwandelt.

Über den Preis für Wohneigentum haben sich die Gewinner der Globalisierung (20% der Bevölkerung) immer stärker von dem Teil der Bevölkerung (60-70%) abgegrenzt, der aufs Land

abgedrängt wurde, wo es immer weniger Jobs, weniger Bildungsangebote und Möglichkeiten des sozialen Aufstiegs gibt. Öffentlichen Wohnungsbau gibt es in den Metropolen nur für unentbehrliche Dienstleister (Lehrer, Beamte, Krankenhausärzte).

In den Medien hat die ärmere Bevölkerungsmehrheit keine Erwähnung mehr gefunden, bis der Aufstand der Gelbwesten losging. Nun werden letztere kräftig delegitimiert.

Da sich die Globalisierung fortsetzen wird und deren Gewinner ihre Pfründe nicht verlieren wollen, wird sich die Marginalisierung der Bevölkerungsmehrheit fortsetzen und damit der soziale Sprengstoff in Frankreich weiter zunehmen.

Die äußerst bedenklichen Entwicklungen, die Guilluy für Frankreich beschreibt, lassen sich zumindest teilweise auch in Deutschland beobachten – auch wenn die sozialen Gegensätze durch die geringeren Unterschiede zwischen Städten und Land (noch) nicht so klar zutage treten.

[Norbert Häring](#), Jg. 1963, Volkswirt; seit 1997 Wirtschaftsjournalist (Gründer der 'Financial Times Deutschland'), seit 2002 beim Handelsblatt. Häring betreibt eine eigene Homepage. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Vera Brittain: **Vermächtnis einer Jugend**

Als eine der wenigen Frauen ihrer Generation besteht Vera Brittain 1914 die Aufnahmeprüfung zum Oxford College, zudem mit Bravour. Nur wenig später verliebt sie sich in den hochbegabten Roland, einen Freund ihres älteren Bruders Edward.

Doch der jähe Ausbruch des Ersten Weltkriegs macht nicht nur die Träume der außergewöhnlichen Frau, sondern die einer ganzen Generation zunichte: Roland und Edward kommen, wie so viele ihrer Freunde, in den Schlammwüsten des erbarmungslosen Kriegs zu Tode. Sie selbst bricht das Studium ab, geht als Hilfskrankenschwester an die Front und wird [Zeugin unausdenkbarer Qualen der Opfer](#) und der Überforderung der Helfer in London, Malta und Étaples.

Als sie 1918 völlig desillusioniert nach England zurückkehrt, weiß sie mit Bestimmtheit: Nur wenn der Pazifismus die Menschen so erregt, wie es die Anspannung in Kriegszeiten tut, kann die sinnlose Vernichtung von Leben und Zukunft aufgehalten werden. Die eindrücklichen, präzisen autobiografischen Schilderungen der Erfahrungen von Frauen im Krieg, ihres Einsatzes, ihrer Hoffnungen, Ängste und ihrer Trauer rücken die konkreten Schrecken und Folgen für das eigene Leben so nahe wie kaum ein anderes literarisches Zeugnis.

[In einer lesenswerten Rezension](#) würdigt Bettina Baltschev das erstmals auf Deutsch erschienene Buch von Vera Brittain, das uns nach deren Selbstverständnis nicht zum Weinen sondern zum Nachdenken bringen soll. Ein bedrückendes, ein ergreifendes Buch.

[Inhalt](#) ↑

- Lukas Leuzinger: **Die Gemeindeversammlung ist nicht totzukriegen**

[In der Schweiz bestimmen Gemeinden selbst](#), ob sie ihre politischen Rechte über eine Gemeindeversammlung, an der jeder Bürger teilnehmen kann, oder über ein gewähltes Parlament ausüben. Traditionell machen vor allem kleinere Gemeinden Versammlungen, während sich größere ein Parlament geben. Es gibt allerdings Unterschiede, sowohl in diesem Punkt als auch regional: in der lateinischen Schweiz sind Parlamente stärker verbreitet, in der Deutschschweiz Versammlungen. Sogar eine Stadt wie St. Gallen macht zweimal jährlich eine Versammlung, wobei allerdings im Schnitt der letzten 10 Jahre die Beteiligung nur bei 2 bis 4 % lag. Es gibt in den Gemeinden unterschiedliche Tendenzen, das eine oder das andere System einzuführen. Generell ist das Thema, was besser sei, in der Schweiz ein "Dauerbrenner".

Wie Demokratie sich organisiert, ist nicht einfach mit richtig oder falsch zu beantworten, sondern selbst Gegenstand demokratischer Entscheidung. (Red.)

[Lukas Leuzinger](#), Jg. 1987, studierte Politikwissenschaft; Mitarbeit in Lokal-, Wirtschafts- und Inlandredaktion, dann freier Journalist und Buchautor. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Fritz R. Glunk: **Die Schatten-Regierung – Transnationale Regime wirken an den Parlamenten vorbei in einem neuen Rechtsraum.**

Immer häufiger werden von Institutionen wie der EU [Regulierungen „übernommen“, ohne die eigene Legislative oder gar das Volk in der Festlegung der Regeln zu beteiligen](#). So formuliert z.B. ein Konsortium wie das ICH Leitlinien, die dann ohne Änderungen über den ‘Ausschuss für Humanarzneimittel der Europäischen Arzneimittel-Agentur’ (EMA) zu EU-Recht werden. Das ICH steht für ‘International Conference on Harmonisation of Technical Requirements for Registration of Pharmaceuticals for Human Use’ (*Internat. Konferenz zur Harmonisierung der Technischen Anforderungen zur Zulassung von Pharmazieprodukten für den Menschen*, Red.) und wurde aus den drei mächtigsten Spitzenverbänden der Pharmaindustrie aus Japan, der EU und den USA mit Vertretern der EU-Behörde gebildet; heute haben sich auch die Schweiz, Indien, Kanada und Brasilien angeschlossen.

Der Einfluss auf die EU-Regulierungen führt u.a. dazu, dass Medikamente ohne hinreichende klinische Tests zugelassen werden. – Die informellen Treffen von Verbänden der Privatwirtschaft mit Regulierungsbehörden unterliegen keiner demokratischen Kontrolle oder Aufsicht. Das stellt Glunk nicht nur für die EU sondern mit globaler Bedeutung fest. Daher werden die so entstehenden Regelungspakete als “transnationales Regime” bezeichnet, dem die Souveränität der Nationalstaaten im Wege steht. Dem stellen sich die Parlamente immer weniger entgegen, geben also ihre Verantwortung als Legislative an die Exekutive ab, die sich mit nicht legitimierten Akteuren abspricht.

[Inhalt](#) ↑

- Fritz R. Glunk: **Analyse: Der sterbende Staat und die Abschaffung der Demokratie**

Für Glunk ist die Demokratie schon weiträumig hohl. So ist seit Jahrzehnten hinter dem nationalen Recht ohne Einbindung der Parlamente z.B. EU-Recht entstanden. In der EU werden solche Regeln z.B. durch Ämter oder Agenturen oder Verbänden von der Exekutive und der Industrie geschaffen, die wir gar nicht kennen.

Oder es werden Freihandelsverträge abgeschlossen, die ebenfalls die nationale Rechtssetzung aushebeln. Es wird globales Wirtschaftsrecht von Organisationen an den nationalen Parlamenten vorbei in die Welt gesetzt, dem sich Banken und Produzenten schon aus Eigeninteresse unterordnen. Solch [transnationales Recht lässt den Nationalstaat als hohles Relikt zurück](#), das sich dann noch um lokale Angelegenheiten kümmern kann.

Sicherlich gibt es komplexe Problemlagen, die die Zuständigkeit des Nationalstaates übersteigen. Aber wer bestimmt, was in die nationale Zuständigkeit gehört? Das sind die Wirtschaftsverbände, die die Macht ergriffen haben. Das Gewaltmonopol des Nationalstaates existiert nicht mehr, der Staat ist nur noch Manager, der wie seine Bürger verschiedenen Rechtssystemen unterworfen ist. Für Glunk tritt die Gesellschaft ohne öffentliche Diskussion freiwillig ins vordemokratische Mittelalter zurück.

‘Mehr Demokratie e.V.’ greift den Punkt Freihandelsverträge auf, indem der Verein eine [Verfassungsbeschwerde gegen das EU-Singapur-Handelsabkommen](#) einreicht. Der Handelsanteil

des Abkommens wird ohne Beteiligung der Mitgliedstaaten von einem EU-Ausschuss, also ohne parlamentarische Kontrolle beschlossen. Damit überschreite die EU ihre Zuständigkeiten.

[Fritz R. Glunk](#), Jg. 1939, studierte Literatur- und Sprachwissenschaften; war als Dozent des Goethe-Instituts und als Verlagslektor tätig; seit 1986 freier Journalist, Übersetzer und Schriftsteller; gibt seit 2004 das politische Kulturmagazin www.gazette.de heraus. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Paul Schreyer interviewt Rainer Mausfeld: **"Wir leben in einer Zeit der Gegenaufklärung"**

Kennzeichnend für alle Eliten westlicher Demokratien ist nach Rainer Mausfeld die [grundlegende Verachtung des Volkes](#). "Diese Verachtung des Volkes entlädt sich nun mit populistischer Wucht und Unberechenbarkeit, oft auf der Basis von Affekten, die zu den dunklen Seiten der menschlichen Natur gehören. Bei diesen Affekten handelt es sich oft um Abwehreffekte gegen die eigenen Gefühle politischer Ohnmacht, die sich nun vor allem gegen die sozial Schwächsten entladen. Diese Gefühle politischer Ohnmacht, das sollten wir nicht vergessen, wurden und werden seit Jahrzehnten in sehr systematischer Weise erzeugt, um das Volk von einer politischen Partizipation fernzuhalten."

Der Rechtspopulismus werde als Mittel zur Angsterzeugung benötigt, um mit dieser Drohkulisse das wachsende Veränderungsbedürfnis der Bevölkerung in scheinbar alternativlosen Bahnen zu halten. Die Angst wiederum muss als angebliche Rechtfertigung für zunehmend autoritäre Maßnahmen wie immer repressivere Polizeigesetze und brutale Polizeieinsätze herhalten, die aber real der Sicherung der Macht der Eliten dienen. Vergessen wir nicht, dass die Einführung der repräsentativen Demokratie historisch der Demokratieabwehr diene. – Siehe hierzu auch Paul Schreyer: "Weshalb direkte Demokratie nicht im Grundgesetz steht" im [Bürgerbrief vom Juli 2018](#). Siehe auch Paul Schreyers Buch "Die Angst der Eliten". (Red.)

Kritik an der Elite kann selbst Zeitungsherausgebern zum Verhängnis werden. Es verschwinden die kritischen Intellektuellen, die uns dann als Vermittler von in mühsamen Prozessen gewonnenen emanzipatorischen Einsichten und Erfahrungen fehlen. Somit werden wir leichte Beute für die von den Eliten angewandten Manipulations- und Kontrolltechniken.

Die heute gegebenen zerstörerischen Formen neoliberaler Gesellschaftsorganisation sind durch gesellschaftliche Transformationen zustande gekommen, die auf menschlichen Entscheidungen beruhen, und menschliche Entscheidungen lassen sich korrigieren und auch wieder rückgängig machen. Dies setzt allerdings eine radikale Demokratisierung voraus, und diese ist nur möglich, wenn wir uns wieder in kollektive Erinnerung bringen, dass es zu den grundlegenden Prämissen der Zivilisationsentwicklung gehört, dass der Mensch nicht für die Belange anderer "verzweckt" werden darf und dass sich innerer und äußerer Frieden nur auf der Basis einer demokratischen Einhegung aller Macht- und Gewaltverhältnisse erringen und sichern lassen.

Rainer Mausfeld hat das Buch "[Warum schweigen die Lämmer?](#)" herausgegeben.

Wir finden den Beitrag wertvoll als Beschreibung des Missbrauchs von Demokratie durch machtpolitisch begründete Propaganda; wir finden jedoch die marxistische Darstellung der Demokratiegeschichte als mindestens problematisch. (Red.)

[Paul Schreyer](#), Jg. 1977, Autor ("Wir sind die Guten, Ansichten eines Putinverstehers"; "[Wer regiert das Geld?](#)") und freier Journalist, u.a. für die Online-Portale 'Telepolis', 'NachDenkSeiten' und 'Global Research'. • [Rainer Mausfeld](#), Jg. 1949, Hochschulprofessor für Allgemeine Psychologie an der Universität Kiel. Seine Schwerpunkte sind Wahrnehmungspsychologie und Kognitionswissenschaft. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- NachDenkSeiten: **Nachrichteninstitute wie die 'Tagesschau' sind ein Herrschaftsinstrument**

Für den interviewten Volker Bräutigam, ehemaliger Redakteur bei der 'Tagesschau', zeigen sich in den Sendungen der ARD-aktuell-Redaktion verstärkt transatlantische Tendenzen. Das zugrunde liegende Muster: "Wir" sind die Guten, die Volksrepublik China, Russland, Iran und die paar restlichen Staaten, die sich nicht den USA unterwerfen, sind die Bösen. Kritisch-verächtlich wird über Donald Trump aber nicht über geopolitische Interessen des Westens berichtet. Die sogenannte Dritte Welt findet nicht statt – falls da nicht gerade eine "Naturkatastrophe" ausgebrochen ist. Oder ein Krieg, der die Interessen der "Westlichen Wertegemeinschaft" (WWG) tangiert.

Die ARD stützt sich ausschließlich auf nicht-objektive, weitestgehend privat-wirtschaftlich organisierte, transatlantisch ausgerichtete Nachrichten-Agenturen ab und ist regierungskonform. ['Tagesschau' und 'tagesthemen' verfehlen ein ums andere Mal ihren gesetzlichen Auftrag](#), sachlich, umfassend und der Wahrheit verpflichtet zu berichten, der angemessenen Information des Publikums dienend und die Völkerverständigung fördernd. Vorzügliche Sendungen der ARD werden außerhalb der besten Sendezeit und/oder an eher weniger genutzten Sendeplätzen angeboten.

Es fehlen funktionsfähige externe Kontrollmechanismen, die keine Vorzensur sondern Nachzensur ausüben. Dafür ist eine echte durchgreifende Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks erforderlich, der bisher das Interesse der Parlamentsparteien entgegensteht.

[Inhalt](#) ↑

- Wolfgang Bittner: **Deutsch-französischer Freundschaftsvertrag vom 22. Januar 2019**

Wolfgang Bittner und andere von ihm zitierte [Stimmen finden, dass im 'Aachener Vertrag' vor allem die Sicherheits- und Verteidigungspolitik](#) einschließlich einer fortschreitenden Militarisierung Europas im Vordergrund steht. Hinzu komme eine neoliberale und autoritäre Orientierung.

Václav Klaus stört sich vor allem daran, dass Frankreich und Deutschland nach diesem Vertrag faktisch zusammengeschlossen werden, ohne dass die beiden Staatsvölker dazu befragt wurden. Das Handelsblatt moniert, dass die beiden Unterzeichnerstaaten voranschreiten wollen, um die anderen Europäer dann noch einzubinden.

Fast geht dabei unter, dass u.a. der Plan eines verstärkten Jugendaustauschs kaum verwirklicht werden kann, da die Zuwendungen aus Paris an die Kommunen gerade drastisch reduziert wurden und diese daher nicht in der Lage sind, solche Projekte zu stemmen.

[Wolfgang Bittner](#), Jg. 1941, studierte Rechtswissenschaft, Soziologie und Philosophie in Göttingen und München. Heute freier Schriftsteller. Kritiker der US-Außenpolitik und der Berichterstattung deutscher Medien. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- politonline.ch: **Venezuela - Die Eskalation seit Monaten geplant**

Mitte Dezember letzten Jahres war Guaidó heimlich nach Washington, Kolumbien und Brasilien gereist, um sich bzgl. der Massendemonstration und seiner Ausrufung als Interimspräsidenten abzustimmen. Der Aufbau einer Übereinkunft in der zerstrittenen Antiregierungskoalition erwies sich als harter Kampf. Die Spannung über das Gelingen hielt bis zur Umsetzung an.

Die Entscheidung, Maduro direkt zu konfrontieren, wurde nur deshalb möglich, weil Guaidó durch die Trump-Administration effizient unterstützt wurde, die verlauten ließ, dass eine militärische Option auf dem Tisch liege. Dadurch hat die Lima-Gruppe, der die USA nicht angehören, erklären können, dass sie eine zweite Amtszeit von Maduro nicht anerkennen würden.

Nach der Ausrufung Guaidós zum Interimspräsidenten hat Regierungschef Maduro vor einem Bürgerkrieg gewarnt. Der General der Luftwaffe ist von den venezolanischen Luftstreitkräften des Hochverrats beschuldigt worden, da er Guaidó als Interimspräsident anerkannt hat. Das EU-Ultimatum, innerhalb einer Woche eine freie Präsidentenwahl auszurufen, hat Maduro zurückgewiesen. Aber er hat vorgezogene Wahlen noch in 2019 versprochen.

70 Persönlichkeiten fordern in einem Offenen Brief, dass [die USA aufhören sollen, sich in die inneren Angelegenheiten Venezuelas einzumischen](#). Die Handlungen der US-Regierung und ihrer Verbündeten führten zu unnötigem menschlichem Leid, Gewalt und Instabilität. Das Land leide schon unter der von den USA seit Jahren betriebenen Polarisierung und unter den Sanktionen. Mit der Anerkennung von Guaidó als Interimspräsidenten durch die USA werde die Krise des Landes massiv beschleunigt.

“Im Sinne des Wohles des venezolanischen Volkes und der Region und des Prinzips der nationalen Souveränität sollten die internationalen Akteure Verhandlungen zwischen der venezolanischen Regierung und ihren Gegnern unterstützen, die es dem Land erlauben werden, seine politische und wirtschaftliche Krise schließlich hinter sich zu lassen.“

Die Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages stellen zur Völkerrechtskonformität der Anerkennung des selbsternannten Interimspräsidenten Juan Guaidó in Venezuela fest, dass es im vorliegenden Fall “starke Gründe“ für die Annahme gibt, dass es sich bei der Anerkennung Guaidós um eine “[Einmischung in innere Angelegenheiten](#)“ handelt. Die Frage, ob diese als unzulässige Intervention zu bewerten ist, sei “durchaus berechtigt“. US-Drohungen gegen den venezolanischen Präsidenten Nicolás Maduro sind völkerrechtswidrig.

[Inhalt](#) ↑

- Nicolás Maduro: **Offener Brief an das Volk der USA**

In seinem Offenen Brief wendet sich Nicolás Maduro, der Präsident der Bolivarischen Republik von Venezuela, an das US-amerikanische Volk. Nachdem er seine eigene Herkunft aus der armen Bevölkerung und die in Venezuela seiner Meinung nach vorbildliche Demokratie dargestellt hat, warnt er das Volk der USA vor den Folgen einer US-Invasion in Venezuela. Es sei [falsch, den Dialog zurückzuweisen und den Weg der Stärke einzuschlagen](#), wie es die US-Regierung tue.

Eine internationale Koalition unter Führung der USA wolle unter dem Vorwand einer humanitären Krise sein Land angreifen, um über die gewaltigen Ölvorkommen, Mineralien und andere Reichtümer Venezuelas verfügen zu können. Trotz der Handels- und Finanzblockade sowie des Raubs von im Ausland deponierten Geldes wolle Venezuela ein Land mit guter sozialer Absicherung und geringen sozialen Unterschieden bleiben, das Selbstbestimmung und Respekt vor seiner Souveränität verlangt.

Maduro verlangt für sein Volk ein Ende der wirtschaftlichen Aggression und der militärischen Bedrohung Venezuelas. Er appelliert an die US-Amerikaner, mit seinem Volk zusammen den Frieden zu fordern.

[Nicolás Maduro](#), Jg. 1962, engagierte sich früh in der gewerkschaftlichen und politischen Arbeit; war mit Hugo Chávez seit dessen Inhaftierung wegen eines Putschversuchs befreundet; [seit 1999 im Parlament](#), 2005 Sprecher der Nationalversammlung, 2006 Außenminister, 2012 Vizepräsident, 2013 Sieg bei der Präsidentschaftswahl, 2018 erneut als Präsident gewählt. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Norbert Häring: **Wie Bertelsmann für das Weltwirtschaftsforum die Willkommenskultur in Deutschland etablieren half**

Norbert Häring hat sich näher auseinander gesetzt, [wie die Bertelsmann-Stiftung die Willkommenskultur in Deutschland etablieren half](#). So stellte die Stiftung 2016 in einem Buch fest: “Deutschland ist ein Einwanderungsland.“ In diesem Buch steuerte auch der Gründer des

‘Migration Policy Institute’ in Washington und Brüssel und Vorsitzender des ‘Global Agenda Council on Migration’ des Weltwirtschaftsforums von 2009 bis 2011, Demetrios Papademetriou, ein Kapitel bei. Papademetriou ist außerdem Chef des ‘Transatlantic Council on Migration’, der sich die “Ermutigung und Förderung größerer Mobilität” zur Aufgabe gemacht hat und u.a. von der Bertelsmann-Stiftung, der Bundesregierung und dem ‘Open Society Institute’ gefördert wird.

Die Bertelsmann-Stiftung hat nicht nur das Projekt “Migration fair gestalten” aufgesetzt. Sie hat zusammen mit der Robert-Bosch-Stiftung und dem ‘German Marshall Fund of the United States’ (GMF) die migrationspolitische Koordination der Bundesregierung und deren Einbindung in die UN-Strategie organisiert. Dazu wurden auf Dauer angelegte, vertrauliche Austauschplattformen geschaffen. Auch wurde im UN-Migrationspakt [bewusst die Grenze zwischen Flucht und anderen Formen der Migration verwischt](#).

Mit tendenziösen Fragen an die deutsche Bevölkerung und deren Auswertung versucht die Bertelsmann-Stiftung zudem den skeptischen Deutschen die Migration als gut und notwendig nahelegen. Dazu werden durch das “Projekt” Migration bedingte soziale Kosten als Investition hingestellt, die dem Land nützen.

[Norbert Häring](#), Jg. 1963, Volkswirt; seit 1997 Wirtschaftsjournalist (Gründer der ‘Financial Times Deutschland’), seit 2002 beim Handelsblatt. Häring betreibt eine eigene Homepage. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Lars Schall: Der ‘Council on Foreign Relations’, die Bilderberger-Gruppe und ein Haufen “fiktives Kapital”**

Lars Schall befasst sich ausführlich mit der Geschichte des CIA, der Bilderberger und anderer Organisationen, die gegründet bzw. benutzt wurden, [um Europa nach 1945 unter die Kontrolle der USA zu bringen](#). So wurde auf den Bilderberger-Konferenzen, deren Teilnehmer eng mit dem ‘Council on Foreign Relations’ (CFR) verflochten und an die ‘Chattam House’-Regeln gebunden waren, die Römischen Verträge als Grundlage für die EWG vereinbart.

Grundsätzlich sollen die Bilderberger-Konferenzen “zur Akkumulation von sozialem Kapital und zum Austausch des inkorporierten kulturellen Kapitals in der herrschenden Klasse dienen, um hierdurch den Zusammenhalt der transatlantischen Machtelite zu stärken“. Die Einflussnahme von Gremien wie der Bilderberger und des äußerst mächtigen CFR geschieht mittels der transnationalen Konzerne und ist nicht transparent, nicht demokratisch bestellt oder kontrolliert – sie laufen an der Demokratie vorbei.

Der CFR ist ein Teil des Kerns des US-Finanzkapitals und umfasst fast 5’000 Personen, von denen auch einige US-Präsidenten oder US-Außenminister waren. Diese Organisationen bestimmen nicht nur die Politik der USA sondern wirken transatlantisch bestimmend. Dazu wurden verschiedene Ableger gegründet. Der großen Bedeutung solcher Organisationen ist das ihnen von den Medien entgegengebrachte Interesse nicht annähernd angemessen. Medienvertreter, die z.B. an Bilderberger-Konferenzen teilnehmen, fühlen sich zum Schweigen verpflichtet.

[Lars Schall](#), Jg. 1974, studierte Journalistik; freier Finanzjournalist mit den Schwerpunkten Erdöl, Edelmetalle, Geldsystem und Geopolitik; betreibt die Internet-Seite www.larsschall.com. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Norbert Häring: Wie die Konzerne die UN unter ihre Kontrolle brachten**

Ein Blick in die Studie “The UN Foundation – A foundation for the UN?” von Barbara Adams und Jens Martens von April 2018 nährt die Sorge, dass unter derzeitigen Bedingungen Verlagerung

von Macht auf die UN darauf hinausläuft, sie an die großen US-Konzerne zu übertragen und dabei die demokratische Kontrolle völlig auszuhebeln.

Das Geld und die UN-Stiftung des Medien-Moguls Ted Turner spielten eine wesentliche Rolle dabei, dass die UN immer mehr Partnerschaften eingegangen ist, mit Großkonzernen, deren Lobbys wie dem Weltwirtschaftsforum, und deren Stiftungen. Dabei musste das Geld eigens dafür aufgebaute Wege, u.a. über die Station 'UN-Foundation', gehen. Diese Stiftung brachte der UN zunehmend von anderen Sponsoren gesammeltes Geld.

Nach zehn Jahren entschied die Stiftung, einen Teil des Geldes, das auch von Regierungen kommt, für eigene Aktivitäten zur "Förderung von UN-Zielen" einzusetzen. Von Anfang an betätigte sich die [UN-Stiftung als Türöffner für die Privatwirtschaft bei der UN](#), sei es als Werber für und als Finanzierer von gemeinsamen öffentlich-privaten Programmen, sei es durch die Förderung von Lobbyeinrichtungen der Privatwirtschaft bei der UN. Eine Offenlegung von Partnerschaften an UN-Programmen erfolgte trotz entsprechender Resolution (2015) und nachfolgender Erklärung der Entwicklungsländergruppe bis heute nicht.

Die Wohltätigkeit nach den Präferenzen der Konzerne, der sich die UN zunehmend unterwirft, hat einen gemeinsamen Nenner. Es geht nicht um Beseitigung der Armut. Es geht darum, an den dortigen Regierungen vorbei den Individuen in den armen Ländern zu helfen, sich in ihrer Armut halbwegs erträglich einzurichten. Damit alles so bleiben kann, wie es ist. Das passt nicht zu der Vorstellung vieler linker Internationalisten, die Welt würde ein besserer Ort, wenn man den Nationalstaat überwinden und Entscheidungen auf globaler Ebene treffen würde.

[Norbert Häring](#), Jg. 1963, Volkswirt; seit 1997 Wirtschaftsjournalist (Gründer der 'Financial Times Deutschland'), seit 2002 beim Handelsblatt. Häring betreibt eine eigene Homepage. (Red.)

[Inhalt](#) 